

22. März 2005

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Unionsfreunde,

wie Sie sicher aus der Zeitung erfahren haben, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen mich. Es handelt sich um die Verwendung von Geldern der Bildungsarbeit für Parteiseminare. Dies ist falsch. Bei der erwähnten Stiftung handelt es sich um die Stiftung für Christlich-Soziale Politik e. V. in Königswinter. Da ich dort nie beschäftigt war, konnte ich auch nie über Gelder entscheiden. Bis zu meinem Mandat war ich Mitarbeiter der CDA-Bundesgeschäftsstelle. In dieser Funktion war ich auch für die Betreuung der Jugendarbeit zuständig. Dazu gehörten Wochenendseminare in Königswinter. Sie unterlagen folgenden Kriterien:

- offen zugänglich für Interessierte und
- eine inhaltliche Themensetzung.

Diese Kriterien haben die Bildungsarbeit geprägt. Politisch engagierte Jugendliche organisierten einen Eine-Welt-Laden, entwickelten das Konzept eines Jugendparlaments oder diskutierten christlich-soziale Inhalte. Sie haben sich für Demokratie und Parlamentarismus eingesetzt. Dies ist die Kernaufgabe einer Stiftung für christlich-soziale Politik. Wie andere Gruppen auch, musste ich bei den Mitarbeitern der Stiftung Zuschüsse beantragen. Dort wurde geprüft, dann abgelehnt oder auch bewilligt. Der Bundesrechnungshof hat die Seminare überprüft und hatte keine Beanstandungen. Die Vorwürfe stammen von einem Mitarbeiter der Stiftung, der aus arbeitsrechtlichen Gründen fristlos entlassen wurde.

Mit der Übernahme des Mandates habe ich alle hauptamtlichen Aufgaben in der CDA beendet. Der beigefügten Presseerklärung der Stiftung können Sie weitere Informationen entnehmen. Einzelne setzen die Vorwürfe mit Häme in Verbindung mit meinem Bürgervertrag. Dies ist Unsinn. Der Bürgervertrag begann mit meinem Mandat. Die zugesagte Offenheit der Arbeit und meiner Einkünfte wird eingehalten; ebenso die Selbstverpflichtung keine Nebeneinkünfte anzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen